LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
19. Wahlperiode

Drucksache 19/**719**
zu Drucksache 19/607
23.09.2026

Antwort

des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Paul Bunjes (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)
- Drucksache 19/607 -

Gespräche im Vorfeld der Änderungen des Landesjagdrechts

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 19/607 –** vom 2. September 2026 hat folgenden Wortlaut:

Am 18. August 2026 hat der Ministerrat den Entwurf zur Änderung des Landesjagdgesetzes beraten. Bereits unmittelbar nach ihrem Amtsantritt hatte Staatsministerin Christine Schneider die Überarbeitung des Landesjagdgesetzes sowie die Neufassung der Landesjagdverordnung in Auftrag gegeben. Zur Vorbereitung der Änderungen wurde eine Task-Force eingesetzt. Zugleich betonte Staatsministerin Schneider die Bedeutung des Austauschs und Zusammenarbeit mit den Verbänden für die Erreichung der jagdpolitischen Ziele.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wer gehörte der zur Vorbereitung der Änderungen am Landesjagdgesetz und der Neufassung der Landesjagdverordnung eingesetzten Task-Force an?
2. Wann nahm die Task-Force ihre Arbeit auf?
3. Wem ist die Task-Force unterstellt?

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 24. September 2026

4. Mit welchen Verbänden bzw. Organisationen führte die Task-Force seit ihrer Einsetzung bis zur Anhörung im Ministerrat Gespräche über die Änderungen am Landesjagdgesetz sowie zur Neufassung der Landesjagdverordnung (bitte unter Angabe des jeweiligen Datums)?
5. Führten das Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten oder Landesforsten Rheinland-Pfalz im Zeitraum vom 18. Mai bis zur Anhörung im Ministerrat außerhalb der Tätigkeit der Task-Force Gespräche über Änderungen am Landesjagdgesetz sowie über die Neufassung der Landesjagdverordnung (bitte unter Angabe der jeweiligen Gesprächspartner und Datum)?
6. Welche Änderungen am Landesjagdgesetz sowie Landesjagdverordnung in den unter den Fragen 4 und 5 genannten Gesprächen wurden von den jeweiligen Verbänden bzw. Organisationen vorgeschlagen (bitte nach Gesprächspartnern gliedern)?
7. Welche der unter 6 genannten Vorschläge wurden bei der Erarbeitung des Entwurfs zur Änderung des Landesjagdgesetzes sowie Neufassung der Landesjagdverordnung berücksichtigt?

Das **Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

E: 23.09.2026
19/719

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT, WEINBAU, UMWELT UND FORSTEN

Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten
Postfach 31 60 | 55116 Mainz

Präsidenten des Landtags Rheinland-Pfalz
Herrn Matthias Lammert, MdL
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 1
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Poststelle@mlwuf.rlp.de
https://mlwuf.rlp.de/

23. September 2026

Kleine Anfrage des Abgeordneten Paul Bunjes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Gespräche im Vorfeld der Änderungen des Landesjagdrechts“

- Drucksache 19/607 -

Die Kleine Anfrage Drucksache 19/607 des Abgeordneten Paul Bunjes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Mitglieder der Task Force sind der Projektleiter sowie die stellvertretende Abteilungsleitung, vier Referentinnen und Referenten sowie eine Person in der Funktion eines Sachbearbeiters der Abteilung 5 „Forsten“ des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau, Umwelt und Forsten (MLWUF) als auch eine Person in der Funktion eines Referenten der Zentralstelle der Forstverwaltung als obere Jagdbehörde.

Zu Frage 2:

Die Task Force nahm ihre Arbeit am 9. Juni 2026 auf.

Zu Frage 3:

Die Task-Force ist der Zuständigkeit von Staatssekretärin Dr. Kristina Brixius zugewiesen.

Zu den Fragen 4 bis 7:

Die Fragen 4 bis 7 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Das Ziel der Landesregierung ist es, neben den Regelungen zum Wolf auch einzelne entscheidende und praxisrelevante Anpassungen im Landesjagdgesetz vorzunehmen und die Neufassung der Landesjagdverordnung zeitnah zu erarbeiten. Die berechtigten Interessen der unmittelbar Betroffenen sollten hierbei berücksichtigt und die Umsetzung praxisnah gestaltet werden. Dazu war es notwendig und wichtig neben der schriftlichen Vorabbeteiligung der hauptbetroffenen Verbände vor der Befassung des Ministerrats mit diesen ins Gespräch zu kommen.

Gespräche mit der Hausleitung des MLWUF fanden demnach wie folgt statt:

- Landesjagdverband am 1. Juli 2026 mit Frau Staatssekretärin Dr. Kristina Brixius und am 12. August mit Frau Ministerin Christine Schneider
- Bauern- und Winzerverband Nord am 16. Juli 2026 mit Frau Ministerin Christine Schneider und am 5. August 2026 mit Frau Staatssekretärin Dr. Kristina Brixius
- Bauern- und Winzerverband Süd am 16 Juli 2026 mit Frau Ministerin Christine Schneider und am 25. August 2026 mit Frau Staatssekretärin Dr. Kristina Brixius
- Gemeinde- und Städtebund am 31. August 2026 mit Frau Ministerin Christine Schneider und am 2. Juli 2026 mit Frau Staatssekretärin Dr. Kristina Brixius
- Waldbesitzerverband am 25. August 2026 mit Frau Staatssekretärin Dr. Kristina Brixius

In den Gesprächen wurden allgemeine fachliche bzw. jagdliche Themen besprochen und Überlegungen zur praxisgerechten Ausgestaltung der beabsichtigen Änderung des Landesjagdgesetzes erörtert und ausgetauscht. Über die Hausleitung hinaus sind keine politischen Gespräche mit Verbänden zu jagdpolitischen Themen durch das MLWUF erfolgt.

gez.

Christine Schneider

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt und ist ohne Unterschrift gültig.